

**Antrag 103/I/2022****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Unbürokratischer Schutz für russische Dissident:innen**

1 Ein dauerhafter und stabiler Frieden in der Ukraine  
 2 braucht grundlegende Veränderungen in der russischen  
 3 Politik und Gesellschaft. Der Überfall Russlands auf die  
 4 Ukraine hat auch die russische Gesellschaft zutiefst er-  
 5 schüttert. Selbst wenn die militärische Misere der russi-  
 6 schen Streitkräfte und der Druck der Sanktionen einen  
 7 Wechsel der Politik des Kremls oder gar eine Veränderung  
 8 an der Staatsspitze herbeiführen sollten, sind dies noch  
 9 keine Garantien dafür, dass die Nachbarn der Russischen  
 10 Föderation zukünftig keiner erneuten existenziellen Ge-  
 11 fahr von expansiven und revanchistischen Handlungen  
 12 Moskaus ausgesetzt sein werden.

13

14 Die Wiederherstellung einer legitimen politischen Ord-  
 15 nung und die moralische Aufarbeitung der Aggression ge-  
 16 gen die Ukraine liegt in den Händen von Russinnen und  
 17 Russen. Diese schweren Aufgaben können und sollen ih-  
 18 nen nicht abgenommen werden. Auch wenn derzeit ei-  
 19 ne stille und apathische Mehrheit der russischen Bevölke-  
 20 rung sich für Anpassung und Passivität entscheidet, gibt  
 21 es fortgesetzte und deutliche Anzeichen der zunehmen-  
 22 den inneren Spannungen und Auseinandersetzungen in  
 23 Russland - zuletzt in den IT-Fachkreisen, bei Journalist:in-  
 24 nen und auch während der 9.Mai-Feierlichkeiten in russi-  
 25 schen Städten. Für die unmittelbare Zukunft schrumpfen  
 26 allerdings die Wirkungsräume in Russland - und die Be-  
 27 deutung des politischen Exils wächst.

28

29 Wir können in Berlin, in Riga, in Vilnius, in Tbilisi, in Is-  
 30 tanbul und in anderen Orten Anzeichen eines neuen po-  
 31 litischen Exodus beobachten. Vor allem Berlin entwickelt  
 32 sich zunehmend zu einem Hotspot für russische Opposi-  
 33 tionelle, die ganze Strukturen wie Redaktionen oder Stu-  
 34 dienprogramme nach Deutschland umziehen wollen. Ei-  
 35 ne mittlere sechsstellige Anzahl von russischen Bürger:in-  
 36 nen hat nach dem Krieg ihrem Land den Rücken gekehrt  
 37 und sucht nun nach neuen sicheren Häfen für ihr Leben  
 38 und Arbeiten. In den allermeisten Fällen sind es politisch  
 39 denkende, engagierte, europäischen Werten verbundene  
 40 Menschen, denen auch das Schicksal ihres Heimatlandes  
 41 alles andere als egal ist. Sie pflegen weiterhin Beziehun-  
 42 gen in die russische Gesellschaft hinein und können als  
 43 Brückenköpfe für eine neue transnationale europäische  
 44 Politik agieren, die ihren Verbündeten - Individuen wie  
 45 gesellschaftlichen Organisationen - helfen muss, weitere  
 46 Teile der russischen Gesellschaft zu mobilisieren.

47

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Änderungsvorschläge FA I - Votum AK: Annahme (K)**

- Änderung Titel zu: Unbürokratischer Schutz für rus-  
sische Dissident:innen
- Streichung Begründung bis Zeile 31. Beginn Text bei  
„Berlin entwickelt sich zunehmend“
- Streichung Z. 54-59
- Z. 70 Ergänzung: „Das Programm sollte sich an  
vorhergehenden Programmen dieser Art für Dissi-  
dent:innen aus Staaten wie China, Nordkorea und  
Afghanistan orientieren.“
- Z. 84 Ergänzung: dies beinhaltet auch den Aufwuchs  
von **Fähigkeiten** für die schnelle und gründliche Si-  
cherheitsüberprüfung in den zuständigen Behör-  
den.

48 Diese Menschen sind oft spontan und ohne große Vor-  
49 bereitungen ausgereist und befinden sich aufgrund der  
50 westlichen Sanktionen und auch unternehmerischen Ent-  
51 scheidung einiger Konzerne, russische Kund:innen von ih-  
52 ren Dienstleistungen auszuschließen.

53

54 (Werbeeinnahmenstop bei Youtube, Verbot der Nutzung  
55 von Mastercard und Visa, Sperrung von AirBnB-Accounts)  
56 in prekären und fragilen Konstellationen. Diesen muss  
57 schnell und zielgerichtet geholfen werden, um eine Chan-  
58 ce für eine grenzüberschreitende gesellschaftliche Pro-  
59 testbewegung nicht zu verpassen.

60

61 **Deswegen fordern wir:**

- 62 • die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Mitglieder  
63 der Bundesregierung auf, sich für ein signifikantes  
64 und langfristig angelegtes Visum-Programm  
65 einzusetzen, das eine lebenspraktische Perspekti-  
66 ve (inkl. Aufenthaltsrecht auf der Grundlage Realis-  
67 tischer Einkommensgrenzen und mit Zugang zum  
68 Arbeitsmarkt) für Dissident:innen (Journalist:innen,  
69 Aktivist:innen, Wissenschaftler:innen aus Russland  
70 schafft
- 71 • Einen unbürokratischen Weg für die Umwidmung  
72 bestehender und auslaufender Schengen-Visa in  
73 langfristige Aufenthaltsgenehmigungen zu ermög-  
74 lich
- 75 • Darauf hinzuwirken, dass Inhaber:innen solcher Vi-  
76 sa von finanzrechtlichen Sanktionen gegen russi-  
77 sche Bürger:innen ausgenommen werden, um wie-  
78 der an ihr Geld kommen zu können.
- 79 • Das Bundesministerium des Innern zu beauftragen,  
80 die für die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigun-  
81 gen notwendige Sicherheitsüberprüfung so zu ge-  
82 stalten, dass diese auch noch nach Erteilung von  
83 provisorischen Visa erfolgen kann mit Option auf  
84 Entzug beim Auftreten relevanter Anhaltspunkte
- 85 • Einrichtung einer zentralisierten Ombudsstelle im  
86 Auswärtigen Amt / im Büro des Koordinators für zi-  
87 vilgesellschaftlichen Beziehungen zu Ru / ÖP für Ko-  
88 ordination der Ersuchen seitens gefährdeter / dissi-  
89 dentischen Russ:innen
- 90 • In Kooperation mit anderen europäischen Ländern  
91 auch zukünftig flexible Aufnahmeprogramme vor-  
92 bereiten, die im Falle ansteigender Repressionen in  
93 Russland aktiviert werden können

94